
Das »neue« Amerika

Außenpolitik unter

Barack Obama

Peter Rudolf

edition suhrkamp

SV

edition suhrkamp 2596

An keinen US-Präsidenten knüpften sich in den letzten Jahrzehnten so große Hoffnungen wie an Barack Obama. Doch zugleich stand seit langem kein neuer Präsident bei seinem Amtsantritt außenpolitisch vor einer solchen Fülle von Problemen und Herausforderungen: Die USA sind in zwei kriegerische Konflikte verstrickt, die Stabilität des Atomwaffenstaats Pakistan ist gefährdet, Iran steht möglicherweise kurz vor dem Erwerb eines Atomwaffenpotentials, die Beziehungen zu Rußland befinden sich in einer schwierigen Phase – und das alles in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen und budgetären Folgen der Finanzkrise sich auch auf den außenpolitischen Gestaltungsspielraum auswirken. Vor diesem Hintergrund ist es ein ambitioniertes Projekt, das Barack Obama in Angriff genommen hat und für das er, in einer Art Vertrauensvorschuß, den Friedensnobelpreis verliehen bekam: die Erneuerung und Wiederherstellung der amerikanischen Führungsrolle in der internationalen Politik. Peter Rudolf zieht eine erste Bilanz der neuen amerikanischen Außenpolitik und legt dar, welche Herausforderungen sich daraus für Deutschland ergeben.

Peter Rudolf
Das »neue« Amerika

Außenpolitik unter
Barack Obama

Suhrkamp

2. Auflage 2015

Erste Auflage 2010

edition suhrkamp 2596

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 2010

Suhrkamp Taschenbuch Verlag

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Druck: Books on Demand, Norderstedt

Printed in Germany

Umschlag gestaltet nach einem Konzept

von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

ISBN 978-3-518-12596-0

Inhalt

Vorwort von Volker Perthes	7
Einleitung: Amerikas neuer Führungsanspruch	12
I. Wahlen und Wandel. Innenpolitische Rahmenbedingungen	19
II. Neuer Führungsanspruch. Die außenpolitische Grundorientierung unter Barack Obama	34
III. Glaubwürdige Führungsrolle? Klima- und Abrüstungspolitik als Testfälle	75
IV. Anlauf zur Konfliktregelung. Die Politik im Nahen und Mittleren Osten	93
V. Obamas Krieg in Afghanistan und Pakistan	128
VI. Die »neue« amerikanische Herausforderung. Folgen für die deutsche Amerikapolitik	158

Vorwort

Kein amerikanischer Präsident dürfte sein Amt mit einer so vollen außenpolitischen Aufgabenliste angetreten haben wie Barack Obama. Er kündigte an, den *reset button* im Verhältnis zu Rußland zu drücken, eine offene Hand in Richtung Iran auszustrecken, eine friedliche Beilegung des Nahostkonflikts auf den Weg zu bringen, die amerikanischen Truppen aus dem Irak abzuziehen, den Krieg in Afghanistan zu gewinnen, den Klimaschutz voranzutreiben und sich für eine Welt mit weniger Atomwaffen einzusetzen. Er werde dazu die multilaterale Zusammenarbeit stärken, die Verbündeten Amerikas ernsthaft konsultieren und die legitime Führungsrolle der USA wiederherstellen.

Der Wechsel im Weißen Haus erfolgte zu einer Zeit, in der international immer intensiver über die Folgen des Aufstiegs neuer Führungsmächte wie China und Indien und die Verschiebung des globalen Machtgewichts diskutiert wurde. George W. Bush, Obamas Vorgänger, hatte zwar die Macht Amerikas und die Fähigkeit der Vereinigten Staaten, unilateral zu handeln, unübersehbar demonstriert, aber den amerikanischen Einfluß in der Welt verspielt. Spitzenleute des Obama-Teams bemühen sich auch deshalb immer wieder zu erklären, kein Staat der Welt, die USA eingeschlossen, könne existentielle Probleme im Alleingang bewältigen.

Bei all dieser Relativierung, das stellt Peter Rudolf, der Leiter der Forschungsgruppe Amerika der *Stiftung Wissenschaft und Politik* (SWP), in diesem Buch klar, darf man die Machtfülle der USA allerdings auch nicht unterschätzen. Wenn in der komplexen, globalisierten Welt von heute Führung möglich ist, dann durch Washington. Tatsächlich, das lernt man

in diesem Buch, geht es bei der mit vielen Einzelthemen gefüllten Agenda Barack Obamas im Kern darum, die Führungsrolle der USA, die unter Bush verlorengegangen ist, wiederherzustellen. Nicht im Strategiewechsel an einzelnen Brennpunkten des Weltgeschehens – im Irak etwa oder in Afghanistan –, wo eine Revision der bisherigen Politik zum Teil bereits in der Endphase der Bush-Regierung eingeleitet wurde, liegt der eigentliche Bruch mit der Linie seines Vorgängers, sondern hier, in der Rückbesinnung auf das, was Rudolf die »Logik liberaler Hegemonie« nennt: Eine Logik, bei der es eben auch darauf ankommt, die Achtung politischer und gesellschaftlicher Akteure außerhalb der USA nicht zu verlieren und die Unterstützung und Teilnahme anderer Staaten bei Initiativen im internationalen Raum zu gewinnen.

Rudolfs Buch ist nicht nur die erste Gesamtdarstellung der neuen amerikanischen Außenpolitik. Es ist auch besonders lesenswert, weil es – im Unterschied zu vielen Kommentierungen, die sich mit Einzelaspekten von Obamas internationaler Agenda befassen – die Einbindung regionaler und politikfeldspezifischer Initiativen der neuen US-Regierung in deren Gesamtstrategie erläutert und gleichzeitig auf die Bruchstellen dieser Strategie hinweist.

Letztlich wird sich der Erfolg Obamas und seiner Regierung eben nicht nur an der öffentlichen Wirkung der Auftritte des Präsidenten, sondern daran messen, wie Konflikte gelöst und globale Probleme bewältigt werden. Das gilt etwa im Bereich der nuklearen Abrüstung, wo Obama sich zu dem visionären Ziel bekannt hat, den Weg in Richtung »Global Zero« zu bahnen. Noch ist, wie Rudolf zeigt, offen, ob der Präsident hier genügend internationale Unterstützung mobilisieren und sich gegen Widerstände aus der eigenen Sicherheitsbürokratie und aus dem Kongreß durchsetzen kann. In-

nen- und Außenpolitik hängen eng zusammen: So wird die Ernsthaftigkeit seines Vorhabens international eben auch daran gemessen werden, ob es ihm gelingt, den Kongreß zur Ratifizierung des nuklearen Teststopp-Abkommens (CTBT) zu bewegen. Auch die Durchsetzung effektiver Klimaschutz-Ziele – eine zentrale Forderung Europas, die Obama und seine Mitstreiter inhaltlich teilen – hängt an innenpolitischen Auseinandersetzungen, die Obama noch zu gewinnen hat.

Gerade auch aus europäischer Perspektive wird mit besonderem Interesse beobachtet, wie die Obama-Regierung ihre Politik gegenüber dem weiteren Nahen und Mittleren Osten ausrichtet. Obama hat zur Erleichterung der Europäer erklärt, daß er einer Beilegung des arabisch-israelischen Konflikts »vom ersten Tag« an höchste Priorität geben werde. Rudolf erläutert, wie Washington hier seit dem Amtsantritt Obamas zu einer an den klassischen amerikanischen Interessen im Nahen Osten ausgerichteten Politik zurückkehrt, zu der auch die Rolle eines Vermittlers im arabisch-israelischen Konflikt und das Angebot der Kooperation an schwierige Spieler wie Syrien und Iran gehört. Auch hier hat der Diskurs, die richtige Ansprache anderer Gesellschaften, eine große Bedeutung. Obama hat das in seiner Kairoer Rede, die sich an die muslimische Welt richtete, demonstriert. Darüber hinaus aber zeigt der Druck, den Washington in der Frage des Siedlungsbaus auf Israel auszuüben begonnen hat, daß die amerikanische Politik im Nahen und Mittleren Osten substantiell revidiert worden ist. Dies zeigt auch die Politik der »ausgestreckten Hand« gegenüber Iran. Gerade im Hinblick auf Iran liegt allerdings ein »Plan B«, der eine härtere Gangart vorsieht, falls Washington in Teheran keine Partner finden sollte, zumindest in der Schublade. Obamas Politik ist, wie Rudolf hier, aber auch an anderen Beispielen zeigt,

keineswegs idealistisch, sondern in höchstem Maße pragmatisch und realistisch.

Einen deutlichen Politikwechsel hat die neue amerikanische Regierung auch im Umgang mit Afghanistan vorgenommen. Hier hat es bislang wenig innenpolitische Kontroversen gegeben, zumal es möglich war, an eine Überprüfung der Strategie anzuknüpfen, die bereits unter der Bush-Regierung, deren Verteidigungsminister Robert Gates Obama immerhin übernahm, begonnen hat. Die Afghanistan-Strategie steht heute im Zeichen einer Aufstandsbekämpfung, die die Sicherheit der afghanischen Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt, den Aufbau afghanischer Institutionen fordert und den regionalen Kontext einbezieht. Interessanterweise, das stellt Rudolf heraus, scheint die in Afghanistan erkannte Notwendigkeit, die lokale Bevölkerung selbst für die Ziele der Amerikaner zu gewinnen, bei der neuen Pakistan-Politik Washingtons nicht die gleiche Rolle zu spielen.

Anders als der Irakkrieg, den Obama von Beginn an als »falschen Krieg« deklariert hat und den er nun, mit großer öffentlicher Unterstützung, baldmöglichst beenden will, ist der Afghanistan-Einsatz bereits im ersten Amtsjahr des neuen Präsidenten immer mehr zu »Obamas Krieg« geworden. Er dürfte zu einem der wichtigsten Prüfsteine für den außenpolitischen Erfolg des Präsidenten werden. Zu den Erfolgsvoraussetzungen gehört, wie Rudolf darstellt, auch hier, daß Obama genügend innenpolitische Zustimmung für diesen Einsatz aufrechterhalten und genügend internationale Unterstützung mobilisieren kann.

Die *Stiftung Wissenschaft und Politik*, das Deutsche Institut für Internationale Politik und Sicherheit, hat zur Aufgabe, deutsche und europäische Politik mit Hilfe eigener, unabhängiger wissenschaftlicher Untersuchungen zu beraten und zu

unterstützen. Als ein Produkt aus der Werkstatt der SWP enthält Rudolfs Buch deshalb abschließend auch eine Reihe von Überlegungen zur deutschen Amerikapolitik. Deutschland und die Europäische Union haben ein vitales Interesse an einer wohlwollenden amerikanischen Führung in der internationalen Politik – an einem Amerika, das bei der Bewältigung und Lösung globaler Probleme und regionaler Konflikte leitet, aber nicht allein agiert. Das heißt nicht, daß nicht auch weiterhin gelegentliche Differenzen zu erwarten sind. Rudolf ignoriert diese Differenzen nicht, fordert vielmehr, sie auszuhalten, wenn er abwägend für eine Unterstützung der amerikanischen Führungsrolle plädiert, wo »eigene Interessen und Werte nicht kompromittiert werden«. Das heißt auch, die Obama-Regierung da nicht allein zu lassen, wo sie ihre Freunde und Verbündeten um Rat, aber auch um materielle Unterstützung bittet. Es reicht nicht abzuwarten, ob Obama wohl Erfolg haben wird, selbst aber wenig Bereitschaft zu zeigen, mehr Verantwortung zu übernehmen. Vornehme Zurückhaltung auf unserer Seite wird nur denjenigen in den USA Auftrieb geben, die von Europa ohnehin wenig halten und die amerikanische Außenpolitik am liebsten auf einen unilateralen Kurs zurückführen möchten.

Volker Perthes

Einleitung

Amerikas neuer Führungsanspruch*

»Die Menschen«, so schrieb Karl Marx 1852 in seiner Schrift »Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte«, »machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.« Barack Obama macht Geschichte, hat mit seiner Wahl zum Präsidenten bereits aus freien Stücken Geschichte geschrieben. Aber in seiner Außenpolitik macht er sie in der Tat unter vorgefundenen Umständen, unter Umständen, die widriger nicht sein könnten. Seit vier Jahrzehnten stand kein neuer Präsident bei seinem Amtsantritt außenpolitisch vor einer solchen Fülle von Problemen und Herausforderungen wie Barack Obama: Die USA sind in zwei kriegerische Konflikte verstrickt, die Stabilität des Atomwaffenstaates Pakistan ist gefährdet, Iran steht vielleicht bald vor dem Erwerb eines Atomwaffenpotentials, die Beziehungen zu Rußland befinden sich in einer schwierigen Phase – und das alles in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen und budgetären Folgen der Finanzkrise sich auch auf den außenpolitischen Gestaltungsspielraum auswirken. Vor diesem Hintergrund ist es ein ambitioniertes Projekt, das Barack Obama in Angriff genommen hat: die Erneuerung und Wiederherstellung der amerikanischen Führungsrolle in der internationalen Politik.

Eine wohlwollende amerikanische Führung und Vormachtstellung sei die einzige Hoffnung für die Menschheit, anson-

* Für die kritische Lektüre des Manuskripts und hilfreiche Anregungen danke ich Heinrich Geiselberger, Volker Perthes und Henriette Rytz.

sten drohe die Rückkehr zu einer destabilisierenden Rivalität der Großmächte: Das ist nach wie vor ein fester Glaubenssatz der amerikanischen außenpolitischen Elite.¹ Trotz einiger Differenzen bleibt, das machte der Diskurs im Wahljahr 2008 deutlich, die außenpolitische Debatte in den USA im wesentlichen im Rahmen eines hegemonialen Rollenverständnisses gefangen. Aus dieser Sicht sind die USA auch weiterhin der Garant internationaler Stabilität; ein Abbau ihrer weltweiten militärischen Präsenz würde das internationale System destabilisieren. Die Tatsache, daß diese Position gar nicht ausdrücklich begründet werden muß, zeigt, wie wirkmächtig sie nach wie vor in der außenpolitischen Ideologie der USA ist.²

Dieses Rollenverständnis beruht auf Machtressourcen, deren Fülle vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise und der neu einsetzenden Rede vom Niedergang amerikanischer Macht leicht unterschätzt wird. Nach wie vor ist das Charakteristikum der gegenwärtigen Position der USA im internationalen System das volle Profil überlegener harter Macht, militärischer, wirtschaftlicher und technologischer.³ Militärisch ist die Überlegenheit zu Wasser, zu Lande und in der Luft von derartigem Ausmaß, wie es im neuzeitlichen Staatensystem wohl noch nie der Fall war. Auch die wirtschaftliche Überlegenheit ist beeindruckend, aber nur dann, wenn man die EU nicht als »Staat« zählt; würde man dies

1 Vgl. Jentleson, Bruce W./Steven Weber, »America's hard sell«, in: *Foreign Policy* November/Dezember 2008.

2 Kritisch dazu Pfaff, William, »Manifest destiny. A new direction for America«, in: *The New York Review of Books* 54/2 (15. Februar 2007).

3 Vgl. Brooks, Stephen G./William Wohlforth, »American primacy in perspective«, in: *Foreign Affairs* 81/4 (2002) (S. 20-33); Josef Joffe, »The default power. The false prophecy of America's decline«, in: *Foreign Affairs* 88/5 (2009) (S. 21-35).

tun, dann wären die USA nur der zweitgrößte Markt weltweit. Mit der Schaffung des europäischen Binnenmarktes und dem wirtschaftlichen Erstarken Asiens ist die relative wirtschaftliche Stärke der USA gesunken. Lag das jährliche Wachstum des amerikanischen Bruttosozialprodukts in den neunziger Jahren bei vier Prozent, so betrug es unter der Regierung George W. Bushs nur zwei Prozent pro Jahr. Doch selbst wenn man einen langfristigen relativen »Niedergang« der USA aus diesen Daten ablesen will, so ändert das nichts an der Tatsache, daß die USA selbst bei der Entwicklung eines multipolaren Systems der Staat mit den meisten Machtressourcen bleiben.⁴ Ein wirklicher hegemonialer Rivale ist bislang noch nicht in Sicht. China hat zwar das Potential, die wirtschaftliche Stärke der USA im Laufe der nächsten Jahrzehnte zu erreichen. Doch selbst wenn das Reich der Mitte auch technologisch und militärisch aufholen sollte, so bliebe China doch in einem Punkt gegenüber den USA benachteiligt: durch seine geopolitische Lage, durch den Umstand, daß China an Staaten grenzt, die zu einer Gegenmachtbildung in der Lage sind. Die überlegene Machtposition der USA mag im Laufe der nächsten Jahrzehnte schwinden; doch am Ende der Ära Bush war es vor allem eine Legitimitätskrise, an der der Führungsanspruch der USA litt.

Eine Vielzahl internationaler Meinungsumfragen zeigte am Ende der Regierungszeit George W. Bushs, daß Amerikas Ansehen und Image als Führungsmacht auf einem Tiefstpunkt angelangt waren. In dieser Einschätzung vermischten sich, so scheint es, Vorbehalte gegenüber dem herausgehobenen Status und Anspruch der alleinigen Supermacht USA mit

⁴ Vgl. Pape, Robert A., »Empire falls«, in: *The National Interest*, 22. Januar 2009, online verfügbar unter: (<http://www.nationalinterest.org/Article.aspx?id=20484>) (Stand: Juni 2009).

der Ablehnung der Außenpolitik unter Bush und Zweifeln an der amerikanischen Führungskompetenz.⁵

Diese Legitimitätskrise des amerikanischen Führungsanspruchs erzwang geradezu eine außenpolitische Neubestimmung; erleichtert wird der Wandel durch den Pragmatismus Präsident Obamas, der in der Außenpolitik keine festen ideologischen Neigungen zu haben scheint, zumindest frei zu sein scheint vom mentalen Ballast des »Kalten Kriegs«. Barack Obama ist der erste wirkliche »Post-Cold-War-President« – also der erste Präsident, der nicht den größten Teil seines Erwachsenenlebens unter den Bedingungen des Konflikts mit der kommunistischen Sowjetunion durchlebt hat. Für einen Politiker seiner Generation haben offensichtlich einige Grundannahmen nicht mehr die Selbstverständlichkeit, die sie in den USA einst besaßen; Barack Obama ist nicht in einer Weltsicht gefangen, in der vor allem militärische Macht zählt, in der Bedrohungen vor allem von Staaten ausgehen, in der internationale Politik ein Nullsummenspiel ist und der Machtzuwachs des Gegners den eigenen Machtverlust bedeutet.⁶

Sicher: Oft verheißen neu ins Amt gekommene Präsidenten den außenpolitischen Wandel; doch institutionalisierte Ideologien, bürokratische Routinen und festgefügte gesellschaftliche Interessen und Koalitionen wirken dem entgegen.⁷ In der Regel unterzieht eine neue Regierung die Außen-

5 Diese Legitimitätskrise des amerikanischen Führungsanspruchs wurde in der amerikanischen außenpolitischen Elite weithin wahrgenommen. Als Überblick über zahlreiche Umfragen und zu ihrer Interpretation vgl. Armitage, Richard L./Joseph S. Nye, Jr. (Hg.), *A Smarter, More Secure America. Report of the CSIS Commission on Smart Power*, Washington: Center for Strategic and International Studies (CSIS), November 2007 (S. 17-26).

6 Hachigian, Nina, *A Post-Cold War President*, Washington: Center for American Progress (20. November 2008).

7 Vgl. Hagan, Joe D./Jerel A. Rosati, »Emerging issues in research on for-

politik in vielen Feldern einer kritischen Überprüfung, oft führt sie dann doch mit einiger Verzögerung die alte Linie im wesentlichen fort. Kommt es zu einem strategischen Wandel, dann kann dieser durchaus anders aussehen als im Wahlkampf versprochen. So stellte George W. Bush vor seiner Wahl eine zurückhaltende, an engen realpolitischen Interessen orientierte Außenpolitik in Aussicht; doch dann schlug er in der Folge der Anschläge des 11. September 2001 eine interventionistische, von liberaler Freiheitsrhetorik überschäumende Strategie ein, die für manche Beobachter gar einer »Revolution« gleichzukommen schien.⁸ Doch in der zweiten Amtszeit dämpften bald beschränkte außenpolitische Handlungsoptionen den ursprünglich geradezu revolutionären Elan, erzwangen das Zugehen auf andere Staaten und trugen zur Rückbesinnung auf eine geschmeidige Diplomatie bei.

Die Erfahrung lehrt: Aus der Anfangszeit einer neuen Regierung sollte man nicht allzu weitreichende Schlüsse ziehen. Die Macht von Strukturen und die Reaktion auf Krisen werden auch unter Barack Obama die amerikanische Außenpolitik bestimmen und strategische Prioritätensetzungen erzwingen, die nicht immer der anfänglichen Aufbruchsstimmung entsprechen. Auch unter Barack Obama wird der in der amerikanischen Außenpolitik immer wieder zum Vorschein kommende unilaterale Impuls nicht verschwinden, wenn die USA als Führungsmacht für ihre Ziele keine Gefolgschaft finden. Doch leitend ist unter Barack Obama die Präferenz für einen multilateralen Ansatz, den Vizepräsident Joseph Biden so

eign policy restructuring«, in: dies./Martin W. Sampson III (Hg.), *Foreign Policy Restructuring. How Governments Respond to Global Change*, Columbia: University of South Carolina Press 1994 (S. 265-279).

⁸ Vgl. Daalder, Ivo H./James M. Lindsay, *America Unbound. The Bush Revolution in Foreign Policy*, Washington: The Brookings Institution 2003.

auf den Punkt brachte: »Wir werden in Partnerschaft arbeiten, wann immer wir können; alleine nur dann, wenn wir müssen.«⁹ Kooperation ist aus Sicht der neuen Regierung notwendig, da kein Staat allein die Bedrohungen bewältigen könne, vor denen die transatlantische Gemeinschaft steht. Mit der Renaissance der multilateralen Handlungslogik eröffnet Obamas Projekt der Rekonstruktion der amerikanischen Führungsrolle neue Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten für die europäischen Verbündeten – und stellt sie zugleich vor konzeptionelle und politische Herausforderungen im Umgang mit den USA unter Barack Obama.

In welchem Maße drückt sich in der Wahl des Demokraten Barack Obama und dem Erfolg der Demokratischen Partei in beiden Häusern des Kongresses ein struktureller gesellschaftlicher Wandel aus? Was sind die Folgen für das politische System und den außenpolitischen Entscheidungsprozeß, in dem der Kongreß eine weit gewichtigere Rolle spielt als die Parlamente anderer liberaler Demokratien? Wie sehr wandelt sich unter den veränderten politischen Konstellationen die außenpolitische Grundorientierung? Kommt ein neues Verständnis der internationalen Rolle der USA zum Durchbruch? Wie schlägt sich außenpolitischer Wandel in jener manchmal als »Greater Middle East« bezeichneten Region nieder, die vom Nahen Osten bis nach Pakistan reicht und deren Konflikte, Krisen und Kriege mehr als alle anderen Fragen die außenpolitische Tagesordnung des neuen Präsidenten im ersten Jahr bestimmten? Inwiefern zeichnet sich

9 Übersetzungen alle durch den Autor; im Original: »[W]e will work in partnership whenever we can, alone only when we must.« Vizepräsident Joseph R. Biden in seiner Rede auf der 45. Münchner Sicherheitskonferenz, 7. Februar 2009, online verfügbar unter: (http://www.securityconference.de/konferenzen/rede.php?menu_2009=&menu_konferenzen=&sprache=de&id=238&) (Stand: Juni 2009).

dort eine neue Politik ab? Welche Herausforderungen folgen aus einer sich wandelnden amerikanischen Außenpolitik für die deutsche Amerikapolitik? Das sind die Fragen, auf die diese erste Bilanz der amerikanischen Außenpolitik unter Barack Obama eine Antwort zu geben versucht. Sie ist keineswegs erschöpfend, sondern konzentriert sich auf jene Bereiche, in denen Wandel angekündigt und eingeleitet wurde.¹⁰

10 So bleiben etwa die Handelspolitik und die internationale Finanzpolitik ausgespart. Zur Finanzpolitik vgl. Mildner, Stormy/Dank Knothe, *Abschied vom Benign Neglect? Auf dem Weg zu einer neuen Finanzmarktordnung in den USA*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, August 2009.

I.

Wahlen und Wandel. Innenpolitische Rahmenbedingungen

Noch im Jahr 2004 war in den USA oft die Rede von einer dauerhaften Mehrheit der Republikanischen Partei auf Bundesebene. George W. Bush zog erneut ins Weiße Haus ein, seine Partei stellte die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses. Doch bereits zwei Jahre später büßten die Republikaner bei den Kongreßwahlen sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus die Mehrheit ein – und verloren 2008 dann weitere Sitze an die Demokraten. Zusammen mit der Wahl des Demokraten Barack Obama ins Präsidentenamt stellt diese Entwicklung einen dramatischen Einflußverlust dar, wie ihn die Republikanische Partei seit Anfang der dreißiger Jahre nicht mehr erlebt hat.

Dauerhafte Mehrheit der Demokraten?

Im Umfeld der Demokratischen Partei ist bereits von einer neuen »Demokratischen Koalition« für das 21. Jahrhundert die Rede. In einer Zeit, in der die Wählerbindung an die Parteien nachgelassen hat, sind solche Vorhersagen mit großer Vorsicht zu genießen. Zwar hat sich eine neue, die Demokratische Partei begünstigende Wählerkoalition herausgebildet; doch noch ist es zu früh, von einer dauerhaften Veränderung des Wählerverhaltens und Parteiengefüges zu sprechen.¹

1 Vgl. Drew, Elizabeth, »The truth about the election«, in: *The New York Review of Books* 55/20, 2008.